

F 57291 März-April 1958  
Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 1. März 1958

Blatt 376

Europa rufen, nicht verschweigen!

Feierlicher Abschluß der Tagung der europäischen Presse

1. März (RK) Die Tagung der europäischen Presse, die eine Woche lang 50 prominente Journalisten aus fast allen Ländern Europas in der österreichischen Bundeshauptstadt bei interessanten Referaten und fruchtbaren Diskussionen vereinigte, ging gestern abend mit einer feierlichen Schlußveranstaltung im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenates im Wiener Rathaus zu Ende. Von Seiten der Stadtverwaltung waren mit Bürgermeister Jonas Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger sowie die Stadträte Bauer, Mandl und Riemer erschienen.

Der Höhepunkt dieser Veranstaltung war ein Referat des Vizekanzlers DDr. Bruno Pittermann, dem er den Titel "Europa rufen, nicht verschweigen!" gegeben hatte. Bürgermeister Franz Jonas fand in seiner abschließenden Rede packende Worte, die noch einmal den Glauben der Bevölkerung aller Länder Europas an die Verwirklichung des großen Zieles zum Ausdruck brachten. Der Vorsitzende der Tagung der europäischen Presse, Prof. Vincenz Ludwig Ostry, gab eine kurze Zusammenfassung über ihren Verlauf und dankte allen Referenten und Diskussionsteilnehmern. Er dankte auch dem Wiener Bürgermeister und der Stadtverwaltung für das Zustandekommen dieser Tagung und auch dafür, daß ihm Gelegenheit gegeben worden war, dieses vielbeachtete Europagespräch zu leiten.

Das Referat des Vizekanzlers

"Im Mai dieses Jahres werden zehn Jahre seit der denkwürdigen Tagung der europäischen Bewegung in Den Haag vergangen sein. Nach den Schrecken der Gewaltherrschaft und der Zerstörungen des zweiten

eltkrieges riefen die europäischen Völker, rief die europäische Jugend nach der Beseitigung der Kleinstaaterei, nach Ersatz des kriegsgebärenden Nationalismus durch die in der Atlantik Charta verheißenen friedlichen Gemeinschaft der Menschen, nach Beseitigung der jahrhunderte alten Zwietracht zwischen dem deutschen und dem französischen Volk.

Noch war die Welle der Verfolgungen wegen der Kriegs- und Kollektivschuld, sowie des Kolaborationismus, der Deportationen und der Demontagen nicht gebrochen, als nach den ersten schüchternen Versuchen der paneuropäischen Bewegung in Gstaad und Interlaken führende Politiker wie Blum, Churchill, De Gasperi und Spaak, die Staatsmänner, Kulturpolitiker, Volkswirtschaftler und Journalisten im Rahmen der europäischen Bewegung zum Pfingstkongreß nach Den Haag einberiefen. Aus den in Kongreßresolutionen niedergelegten Wünschen sollte die europäische Einigung endlich eine sichtbare Gestalt annehmen. Damals schlug die Geburtsstunde für den Straßburger Europarat, die bisher einheitliche Organisation der Europavereinigung außerhalb des Eisernen Vorhanges. Die Wahl des Sitzes in Straßburg sollte das Sofortprogramm, die Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, unterstützen. Im historischen Zwischenland, zwischen den beiden Völkern, in der Stadt, die Goethe zum Europäer formte und in der der Freiheitsgesang, zuerst des französischen Volkes und dann der Demokratie, die Marseillaise, geboren wurde, sollten die Beratungen des künftigen europäischen Parlaments einen freien und würdigen Rahmen finden. Als Hauptaufgaben stelle man sich vor:

Sicherung der Menschenrechte in den Teilnehmerstaaten,  
Verbreitung der Idee der friedlichen Vereinigung Europas unter den europäischen Völkern, mit dem Ziele, den veralteten Nationalismus zu überwinden und an Stelle der nationalen Zwergwirtschaften einen europäischen Großwirtschaftsraum zu schaffen.

Befriedigung des freigebliebenen Teiles von Europa, vor allem durch Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland.

Schrittweise Aufhebung der kulturellen, rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Schranken einer europäischen Vereinigung.

Schon nach Inangriffnahme der ersten Arbeiten zeigten sich zwei grundverschiedene Auffassungen über die Methode, wie dieses

Ziel erreicht werden könnte. Die eine Auffassung wollte durch eine möglichst rasche Integration von oben her, also durch Schaffung einer europäischen Regierung und eines aus europäischen Wahlen hervorgegangenen Parlamentes den Zusammenschluß herbeiführen; der anderen Auffassung schwebte offenbar die Idee des britischen Commonwealths vor, also eines Staatenbundes mit möglichst geringer Preisgabe der völkerrechtlichen Souveränität, jedoch mit einer schrittweise zu intensivierenden praktischen Zusammenarbeit.

Den Kündern der europäischen Idee ging die Überwindung der jahrhunderte alten Vielstaaterei viel zu langsam. Die Hindernisse sollten durch Schaffung einer gemeinsamen Spitze von oben her überwunden werden. Das Statut des Europarates mit der beratenden Funktion der öffentlichen Vollversammlung und dem sie mehr hindern- den als unterstützenden, aber mit unbedingtem Vetorecht ausgestatteten Ministerrat schien der baldigen Vereinigung eher hinderlich als fördernd; darum schienen allgemeine Wahlen in eine europäische Konstituante und eine provisorische europäische Regierung und dazu der Ausbau des Haager Schiedsgerichtes als dritter Teil der europäischen Staatsgewalt der beste Weg dazu. Was die Zaudern- den im großen Europarat nicht wagten, das wollten im besten Glauben die Entschlossenen im kleinen Rahmen als Muster und Anreiz für die anderen erreichen. So entstanden die Montan-Union und aus ihr die unvollendete europäische Verteidigungsgemeinschaft und nunmehr die europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Wie nötig die Rufer zur Einigung und ihre Erfahrungen gebraucht werden, soll der folgende Hinweis dartun:

Es ist bisher zwar möglich gewesen, die einhellige Billigung aller beteiligten Abgeordneten für den Gedanken eines gemeinsamen Sitzes zu finden, jedoch nicht den Ort, der von allen akzeptiert wurde. Insbesondere machen die Abgeordneten des Europarates gegen eine Sitzverlegung von Straßburg an einen anderen europäischen Ort geltend, daß im Bewußtsein der europäischen Völker die Idee der europäischen Vereinigung mit dem ersten Sitz des Europarates in Straßburg zu einer faktisch untrennbaren Einheit verbunden wird. Man spricht in politischen Kreisen schon heute von den "Straß- burgern" und meint damit jene europäischen Politiker, die sich der Verwirklichung des Gedankens der europäischen Vereinigung gewidmet

haben und noch immer widmen. Der Name Straßburg ist in der europäischen Terminologie schon ein historischer Begriff geworden, wie Piemont für Italien oder die "Frankfurter Paulskirche" für die deutsche Demokratie. Dazu kommt, daß die Straßburger Institution sich auch in der Weltpolitik als Begriff durchgesetzt hat und für die durchaus friedlichen Absichten der Mitgliedsstaaten und der Abgeordneten des Europarates heute auch von der russischen Seite nicht mehr bestritten werden können. Man darf aber andererseits nicht übersehen, welche Gefahr für die künftige europäische Einigung der neue "Institutionalismus" werden kann. Ein Institutionalismus, durch den mitten in Europa neue Wirtschaftsgemeinschaften geschaffen werden, kann zu einer Verzögerung der europäischen Vereinigung führen, wenn sich die Wirtschaftsgemeinschaften gegen andere Mitgliedstaaten absperren oder diese nur unter erschwerten Bedingungen an ihrem Wirtschaftsleben teilnehmen lassen. Diese Gefahr wird umso größer, je mehr europäische Institutionen, räumlich und organisatorisch voneinander getrennt, ihre Aufgaben unabhängig von den anderen und ohne zentrale Kontrolle verrichten. Daran wird auch die hoffentlich bald erfolgende Einigung über die europäische Freihandelszone wenig ändern, wenn die Partner des Gemeinsamen Marktes auch nach Verwirklichung der Freihandelszone ihre Organisation in der bisherigen Form aufrecht erhalten. Es droht die Gefahr, daß aus dem guten Willen aller, möglichst rasch zur wirtschaftlichen und später zur politischen Integration Europas zu kommen, eine Teilung Europas erfolgt, nicht mehr auf der historischen Basis des Nationalismus, sondern auf der Basis eines neuen Institutionalismus. Dies kann geschehen, wenn es nicht gelingt, die verschiedenen europäischen Einrichtungen, die heute bestehen, mit ihren Spitzen in einer gesamteuropäischen Körperschaft zusammenzubringen. Diese Körperschaft müßte ohne institutionelle Aufgaben dafür sorgen, daß in den einzelnen europäischen Körperschaften das Interesse an der gesamtwuropäischen Vereinigung stets den Vorzug hat, vor den Teilaufgaben, für die die separate Körperschaft geschaffen wurde.

Es gehört zur täglichen Belastung des Straßburger Instruments der Europaidee, in der äußeren Auseinandersetzung mit dem nicht demokratischen Europa und den kommunistischen Machtansprüchen durch die Auseinandersetzung im Inneren gehemmt zu sein, durch die

Zentrifugaltendenz des "Kleinen Europas der Sechs". Dem Österreicher, dem das Schicksal der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie geistig vertraut ist, scheint dies Hindernis nicht unüberwindlich. Er sieht aber deutlich auch die Gefahr, die aus einer neuen Spaltung an Stelle der großen Vereinigung entstehen kann."

Der Vizekanzler verwies hier auf die zentrale Lage Wiens im Herzen Europas und auf die natürliche Funktion dieser Stadt, Bindeglied zu den slawischen Völkern zu sein. Wien sei wort, daß die von Bürgermeister Jonas gemachte Anregung, es zur Hauptstadt Europas zu machen, nicht nur überlegt, sondern auch verwirklicht wird.

"Europa rufen, nicht verschweigen, verlangt die Feststellung:

Dank der Tätigkeit der europäischen Institutionen sind nationalistische Ideen und Parteien aus der Politik der demokratischen Staaten Europas ausgeschaltet. Sie finden nur noch dort eine kurzfristige Existenz, wo demokratische Parteien in der Innenpolitik lieber eine Allianz mit nationalistischer Unduldsamkeit, eingehen, als ein Bündnis mit anderen demokratischen Parteien, die in der Wirtschaft und Kulturpolitik einen anderen Standpunkt einnehmen.

Der Friede ist als oberstes Ordnungsprinzip in den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten durchgesetzt; unter den Völkern ist er längst eine Selbstverständlichkeit geworden. Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten werden nur mehr in friedlicher Auseinandersetzung, äußerstenfalls durch ein Schlichtungsverfahren gelöst. Wie sollten auch die Armeen dazu noch taugen, die in einer übernationalen Verteidigungsgemeinschaft als Verbündete organisiert sind?

Die bisherige Handhabung des freien Personen- und Güterverkehrs, selbst in der heute schon gemilderten Form, erscheint den Europäern überflüssig. Die Zolleinhebung und die Zollüberwachung an den Grenzen nimmt im Bewußtsein der Reisenden immer mehr den Charakter der innerstaatlichen Warenkontrolle im vorigen Jahrhundert ein, als durch Verbrauchssteuerlinien die städtischen Gewerbetreibenden sich gegen die Konkurrenz der marktfahrenden Landwirte schützen wollten. Bald wird die europäische Jugend er-

leben können, was für ihre Großväter eine Selbstverständlichkeit war, daß man von einem Ende Europas zum anderen wird reisen können, ohne ein anderes Ausweispapier als höchstens eine Visitenkarte. Den Vätern dieser Jugend erscheint dies vorläufig noch unreal und unwahrscheinlich.

Die Menschenrechte für den einzelnen und als Ordnungsprinzip für die innerstaatliche Gemeinschaft setzen sich immer stärker durch. Ihre Verweigerung wird immer mehr als ein Bruch der europäischen Ordnung empfunden, ob es sich nun um Anwendung von Machtmitteln gegenüber Minderheiten im Staat oder zur Sicherung und Erhaltung von Vorrechten der Europäer in ehemaligen Kolonialgebieten handelt.

Europa rufen, nicht verschweigen, heißt: Bei aller berechtigten Kritik an dem Unvollkommenen oder Unvollendeten den Fortschritt des Erreichten nicht vergessen zu lassen.

Europa rufen, nicht verschweigen, heißt: Vor allem für die europäische Presse, das Erreichte nicht als mühelos Gewordenes zur Selbstverständlichkeit werden lassen und wegen des noch nicht Erreichten die Bemühungen um den weiteren Fortschritt mit dem Makel der Erfolglosigkeit zu behaften.

An der Wiege der Europaidee standen Politiker. In der Überwindung der geistigen Trägheit oder Hoffnungslosigkeit, im Kampf gegen überholte Vorurteile und Sorgen wurden sie zu Kündern der politischen Heilslehre einer europäischen Vereinigung, wurden sie zu Aposteln der europäischen Idee. In das ringsum von russisch besetzten Territorien umgebene Wien wurde Spaak mit einem amerikanischen Flugzeug eingeflogen, um das österreichische Volk in der Zuversicht zu bestärken, es werde eines Tages voll- und gleichberechtigtes Mitglied im Europarat sein und mit seinen reichen Erfahrungen an der europäischen Vereinigung wertvolle Mitarbeit leisten können.

Die Beratungen des Europarates, die sich zuerst in der Hauptsache mit der ideellen Lösung offener Streitfragen zwischen Frankreich und Deutschland bemühten, fanden großes Interesse in der europäischen Öffentlichkeit, vor allem in der europäischen Presse. Es war die große Zeit der französischen Politik, deren Vertreter in Straßburg mit ihrem Elan die Hindernisse überholter, aber jahrhunderte alter nationaler Ressentiments überwandern und

mit den als Vollmitgliedern anerkannten Vertretern Deutschlands gemeinsam jene heißumstrittene Lösung der Saarfrage fanden, die heute zur Selbstverständlichkeit geworden, schon wieder der Vergessenheit anheim gefallen ist. Diese Feststellung scheint mir gerade in der gegenwärtigen Situation Frankreichs besonders wichtig, sie soll mit dem Wunsch enden, es möge dieser Idealismus der französischen Politiker wieder wach und stark werden, daß er für andere notwendig gewordene Lösungen einen für die europäische Idee ebenso ehrenvollen und würdigen Weg finden läßt, wie für die Lösung der Saarfrage.

Seither konnte allerdings der Europarat keine Leistung von ähnlicher Bedeutung erbringen. Gleichzeitig hat auch das Interesse der europäischen Öffentlichkeit an seinen Beratungen nachgelassen. Viele Gründe werden dafür angegeben. Dem einen ist Straßburg zu wenig Sitz der großen Nachrichtenagentur, das war aber nie anders; die anderen meinen, daß das statutarische Übergewicht des Ministerrates über die Beratende Versammlung, ja eine die Wünsche der Beratenden Versammlung kränkende Nichtbeachtung durch den Ministerrat daran schuld sei. Wieder andere wollen feststellen, daß die Beratungen mehr der Auseinandersetzung zwischen dem "Kleinen Europa der Sechs" und dem Europa der Freihandelszone gewidmet seien, als der Auseinandersetzung mit der Gewaltpolitik, als dem Kampf für die Durchsetzung der Menschenrechte. Jeder dieser Gründe mag etwas Richtiges für sich haben. Mir erscheint dabei zu wenig die Tatsache beachtet, daß die einstigen Aposteln der Europaidee für die Beratungen in den europäischen Gremien verlorengegangen sind. Nicht durch den natürlichen Abgang infolge Tod oder Altersmüdigkeit, sondern weil sie im innerstaatlichen Leben oder in übernationalen Körperschaften, wie beispielsweise Spaak, eine Position gefunden haben, die ihnen eine weitere Tätigkeit in der Straßburger Institution nicht mehr gestattet oder nicht mehr ermöglicht.

Ich habe, als ich noch vor meiner Berufung in die Österreichische Bundesregierung der Beratenden Versammlung als Mitglied angehörte, bereits darauf hingewiesen, daß das Statut des Europarates einen unbeabsichtigten Fehler hat. Auf den ersten Blick scheint es mit den Grundsätzen, mit der Einrichtung der parlamentarischen Demokratie in den Einzelstaaten völlig identisch.

Jetzt aber stellt sich folgendes heraus: Ein Parlamentarier, der in die Regierung eintritt, geht dem Einzelstaat, dem öffentlichen politischen Leben nicht verloren, nicht einmal dem parlamentarischen Leben, in dem er ja nur die Rolle des Interpellanten mit der des Interpellierten vertauscht.

Wie steht es aber im Straßburger Europarat? Gewiß können auch Regierungsmitglieder der Beratenden Versammlung angehören und einzelne französische Kollegen haben von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht. Aber kein Regierungsmitglied kann in der offenen Versammlung über Dinge sprechen, die ihm lediglich durch vertrauliche Informationen als Kabinettsmitglied bekannt geworden sind. Selbst wenn er davon nichts erwähnt, wird auch anderen Erklärungen in der Öffentlichkeit zum Unterschied von Reden der Abgeordneten in der Beratenden Versammlung irgendwie der Charakter eines Regierungsstandpunktes beigegeben. Die "Europäische Bewegung" und die Beratende Versammlung des Straßburger Europarates haben, obwohl sie formell nur den Charakter von Diskussionsgemeinschaften haben, sich als Kadettenschule für die Regierungen der Mitgliedstaaten erwiesen. Natürlich kommt es auch irgendwie der europäischen Politik zugute, wenn bei Verhandlungen zwischen europäischen Staaten sich einzelne Teilnehmer nicht nur höflich konventionell als Regierungsmitglieder begrüßen, sondern auch herzlich ungezwungen als einstige Kollegen im Europarat, als Verbündete und Widerpart in den Debatten der Vollversammlung oder der Kommissionen; der menschliche Kontakt aus dieser Zeit erleichtert die einzelnen Aktionen der europäischen Zusammenarbeit. Aber ist dies nicht zu wenig? Denn dieser chronische, ja galoppierende Substanzverlust an persönlichen Trägern der europäischen Idee erschwert die Überlieferung dieser Idee an den Nachwuchs.

1949 waren in Straßburg 12 Länder mit 188 Abgeordneten und Stellvertretern vertreten - 45 sind jetzt noch davon Delegierte oder Stellvertreter.

1950 waren in Straßburg 14 Länder mit 232 Abgeordneten und Stellvertretern vertreten - 66 sind jetzt noch davon Delegierte oder Stellvertreter.

Dabei sind erst zehn Jahre her seit dem Kongreß in Den Haag. Wie sollen der Schwung und die Verpflichtung der Europaidee weitergegeben werden, wenn die Mitbegründer aus den gegenwärtigen



europäischen Institutionen innerhalb eines so kurzen Zeitraumes fast vollständig ausgeschieden sind.

Die statutarische Einrichtung des Ministerrates wurde ja und wird noch heute in seiner gegenwärtigen Form eher als Bremse der europäischen Vereinigung empfunden, die Motoren notwendiger braucht als Bremsen. Die Motoren aber sitzen überall anders in der europäischen Politik, nur nicht dort, wo eine Motorisierung des europäischen Geistes am notwendigsten wäre.

Der gegenwärtige Präsident Dehousse hat über meine Anregung den Versuch unternommen, in der Gestalt einer europäischen Tafelrunde ein Forum für eine Aussprache zwischen den Aposteln der Europaidee zu schaffen, welche aus ihren Erfahrungen und aus dem Einblick in die politischen Zusammenhänge wertvolle Ratschläge für die Diskussion im Europarat geben könnten. Daß dieser Versuch nicht gleich den gewünschten Erfolg hatte, liegt zum Teil daran, daß von Anfang an nur ein Teil der einstigen Mitarbeiter der Einladung Folge geleistet haben, es liegt auch an unbewußten oder bewußten Mißverständnissen über die Aufgaben eines solchen Forums, am meisten aber darin, daß das gegenwärtige Statut des Europarates dafür keinen entsprechenden Rahmen gibt, wohl aber leider genügend Raum läßt für Kundgebungen gekränkter Eitelkeit oder bürokratischer Kompetenzkomplexe. Meines Erachtens sollten die mit diesem Versuch gemachten Erfahrungen nicht entmutigen, im Gegenteil, ermuntern, einen neuen besser geglückten, die einzelnen Mitarbeiter aus der Pionierzeit der Europaidee direkt ansprechenden Versuch zu unternehmen.

Es sollte aber auch ernsthaft eine Revision des Statuts des Europarates diskutiert werden.

Die statutarischen Beschränkungen der Tätigkeit der Beratenden Versammlung sind derzeit so, daß sie die politische Bewegungsfreiheit der Abgeordneten fast vollständig beseitigt. Die Rechte des Ministerrates sind so groß, daß dem Präsidenten und den Abgeordneten gegen die Nichtbeachtung der Beratenden Versammlung nichts anderes übrig bleibt, als Proteste, die zudem nicht jenen Widerhall in der europäischen Presse finden, welcher für eine Weiterentwicklung zu europäischen Parlamenten notwendig wäre. Zu erwägen wäre bei der Neufassung des Statuts den eben geschilderten Substanzverlust durch die Einführung des Senats in

seiner Wirkung zu mildern, der aus früheren Abgeordneten der Beratenden Versammlung und Delegierten zum Ministerrat bestehen sollte. Dadurch könnte eine kontinuierliche Körperschaft geschaffen werden, der man einen Teil der jetzt dem Ministerrat zustehenden Recht übertragen könnte. Damit würde die autokratische Organisation des Straßburger Europarates durch allmählichen Übergang zu einem Zweikammersystem besser der herrschenden demokratischen Staatsform in den Mitgliedstaaten eingepaßt werden können.

Denn die Krieger Europas standen nach dem zweiten Weltkrieg in einer Zeit auf, in der der europäische Geist Ausdruck einer wirklichen Massensehnsucht war. Nach den Schrecken des Krieges und der Verfolgungen, nach der Qual des Hungers und den Mühen des Wiederaufbaus in der ersten Nachkriegszeit und unter der Angst, vor der Gewaltherrschaft des Stalinismus, der jede Hoffnung auf eine Demokratisierung der kommunistischen Herrschaft vernichtet hatte, erkannten die Massen die Notwendigkeit eines geeinten, wirtschaftlich kräftigen, zur Verteidigung der Freiheit fähigen und entschlossenen Kontinents Europa. Die Sehnsucht der Völker war dem Zaudern der Regierungen, den Ressentiments der Parlamente und den Ängsten der Interessenvertretungen vorausgeeilt. Die europäische Jugend sah ein des Kampfes wertiges Ideal vor sich, überrannte die Grenzpfähle und reichte dem Feind von gestern die Hand des europäischen Mitbürgers.

Heute ist diese Sehnsucht müde geworden in dem Dschungel der Institutionen, in dem Abrakadabra der europäischen Abkürzungen; Churchill, Blum, Spaak und De Gasperi und ihre unmittelbaren Nachfolger redeten eine Sprache, die zu den Herzen ging.

Gewiß, gibt es auch heute noch in Europarat und in den anderen Institutionen Männer und Frauen, die mit großem Beispiel den europäischen Aposteln nacheifern. Aber wer spricht von ihnen, wer verbreitet ihre Reden? Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Presse gelten mehr den Statistiken, den Hilferufen der Protektionisten gegen das Unglück der Integration oder auch nur der Freihandelszone. Die Stimme der Völker wird aus den Konferenzsälen, zumindest aus den Berichten über die Verhandlungen immer mehr verdrängt durch die Berechnungen der Plankonstrukteure und durch die Kalkulationen einer europäischen Wirtschaftsbilanz.

Nie mehr als in dieser Zeit bedarf die Idee der europäischen

Vereinigung der Apostel, die die Sprache ihrer Völker sprechen und um die Wünsche und Sorgen der Menschen Bescheid wissen. Nicht der Widerstand der Gewaltherrschaften, nicht die Selbstständigkeitsbestrebungen in den einstigen Kolonialländern können die europäische Vereinigung verzögern oder gar verhindern, sondern nur die Bürokratisierung und die Kommerzialisierung der Europa-idee. Vor Jahren noch waren Versammlungen europäischer Staatsmänner im eigenen oder im befreundeten Land wahre Volksversammlungen, in die das Volk wirklich strömte. Wenn heute der Präsident einer europäischen Institution oder einer der Generaldirektoren - mögen ihre Titel wie immer lauten - auf einer Kundgebung sprechen, dann wird es statt einer Verkündung ein Zahlenrapport und die Zuhörer kommen zum geringsten Teil aus dem Volk, sondern mehr aus den Aufsichtsräten oder Vorständen der Wirtschaftsgesellschaften, die aus diesen Berichten Gefahr oder Beruhigung über die künftige Entwicklung ihres Unternehmens entnehmen wollen.

Dabei darf vor allem nicht übersehen werden, daß die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes, wie es der Gemeinsame Markt und die Freihandelszone anstreben, für einzelne europäische Länder, und für einzelne Wirtschaftszweige in allen Ländern, beträchtliche Umstellungsschwierigkeiten mit sich bringen wird. Diese Schwierigkeiten werden umso größer sein, wenn unter den Mitgliedstaaten Besorgnis oder Mißtrauen entsteht, es könnte ein einzelner oder eine Gruppe von Staaten versuchen, auf Kosten der anderen aus der Zusammenarbeit unbillige Vorteile zu ziehen. Noch mehr gilt dies bezüglich der sozialen und wirtschaftlichen Partner innerhalb der einzelnen Staaten und in Gesamteuropa.

Man muß dazu feststellen: Die europäische Vereinigung wird in ihren Anfangsstadien Opfer und Verzicht von allen verlangen. Kein Partner kann erwarten, daß diese Opfer und Verzichte nur von den anderen übernommen werden, ihm selbst aber erspart bleiben können. Jeder Versuch, sich allein oder mit wirtschaftlich Gleichen aus dieser Belastung herauszuhalten, führt automatisch zu Gegenaktionen und Gegenorganisationen der anderen.

Auf die Organisation der Freihandelszone übertragen, würde einem Agrarpool sicher bald ein Industriepool entgegentreten, würde ein ungerechtfertigter Preis- und Produktionsschutz, den die

eine Gruppe verlangt, sofort mit Gegenforderungen der anderen beantwortet werden. Es muß klar festgestellt werden: Freihandelszone bedeutet Produktions- und Warenverkehr ohne bürokratische und wirtschaftliche Schranken. Freihandelszone kann nicht bedeuten: freier Handel mit Einfuhrlicenzen, Absatzbeschränkungen und gegenseitiger Devisenbewirtschaftung. Die Freihandelszone wird auch eine Einigung über die Währungspolitik der Mitgliedstaaten erfordern. Wenn es auch zuerst nicht möglich sein wird, eine einheitliche europäische Währung zu schaffen, so werden bindende Richtlinien für die Währungspolitik der einzelnen Staaten notwendig sein. Im besonderen wird eine enge Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der Arbeitsgeberverbände auf der Grundlage der Gleichberechtigung erforderlich sein. Denn die im Zuge der wirtschaftlichen Integration notwendigen Investitionen im Produktionsapparat werden ohne Erschütterung der nationalen Währung nur dann möglich sein, wenn zwischen diesen beiden Sozialpartnern langfristige Vereinbarungen über eine gemeinsame und vor allem wirksame Kontrolle der Preise und Löhne zustande kommen. Das bedeutet weder Verzicht auf die Lohnfreiheit noch Verzicht auf jede Preisbewegung überhaupt.

Die Erreichung dieser Ziele verlangt Zusammenarbeit auf breiter Front aller die Einigung Europas unterstützenden Kräfte in den Mitgliedsstaaten. In Straßburg wurden über die historischen Gegensätze der Konfessionen, der Nationen und Parteien hinweg konkrete Vorschläge zur schrittweisen Durchführung der europäischen Vereinigung gemacht, diskutiert, bekämpft und unterstützt. Schließlich kam es meist zu einstimmigen Beschlüssen. Immer wieder entfernt sich die Willensbildung in den europäischen Körperschaften von der demokratischen Urform des Majoritätsprinzips durch Überstimmen zur europäischen Demokratie des übereinstimmens. Nur wenn diese Methode in Europa immer stärker geübt werde, wird man schrittweise die notwendige Zustimmung der Mitgliedstaaten zu Weilverzichten auf die nationale Souveränität erreichen können. Die herrschende Staatsform des freien Europas ist die Demokratie. Zwischen den einzelnen demokratischen Parteien wird, zum Unterschied von der Vergangenheit, eine möglichst weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Menschenrechte, zu denen auch der

politische Schutz der Minderheiten in der Demokratie gehört, anzustreben sein. Ist einmal über die einzelnen politischen Programmpunkte hinweg Übereinstimmung darüber erreicht, dann werden die Parteidifferenzen weniger qualitativ als quantitativ sein. Die wirtschaftlichen Gegensätze werden sich auf die Verteilung des Zuwachses am Nationalvermögen beschränken. Denn um zu einem solchen Zuwachs zu gelangen, ist die vorherige Übereinstimmung darüber notwendig, ob und mit welchen Methoden ein Zuwachs am Nationaleinkommen erreicht werden kann.

Die demokratischen Völker Europas müssen der Idee des Miteinanderlebens und des Zusammenarbeitens den Vorrang geben. Der amerikanische Dollar kann keine dauernde Stütze der kommenden europäischen Ordnung sein.

Diese neue Gestaltung des politischen Lebens in Europa wird von außerordentlicher Anziehungskraft auf die der Freiheit beraubten oder die politisch und wirtschaftlich unterentwickelten Völker sein. Niemals werden sich die europäischen Völker das Recht auf Selbstverteidigung nehmen lassen dürfen; aber ebenso wenig dürfen sie Gewalt als Mittel der Politik verwenden, weder untereinander, noch innerhalb eines einzelnen Volkes oder gar gegen außereuropäische Völker und Staaten. Die Erschließung der Vernichtskräfte des Kosmos für den menschlichen Gebrauch kann zur Zerstörung der Menschheit führen.

Diese Gefahr drängt stärker noch als einst die stalinistische Aggression zur Vereinigung Europas, zum Zusammenschluß und zur Mitarbeit aller aufbauwilligen Geister. Im kriegerischen Gegeneinander der europäischen Völker in unserem Jahrhundert zerbrach mit der europäischen Vormachtstellung die Sicherheit der Völker in Europa und in anderen Kontinenten.

Wir hier in Wien leben heute am Rande des freien Europa und fühlen uns politisch und kulturell als Mitteleuropa. Über diese Stadt führt die letzte Brücke zum slawischen Teil Europas, der ungeachtet der heutigen Unterwerfung unter die politische Gewalt-herrschaft des Kommunismus und ungeachtet aller heuchlerischen Phrasen ein Teil des christlichen Abendlandes ist, wie das übrige Europa. Das österreichische Volk mußte in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts mehr an Schicksalsschlägen hinnehmen, als irgend ein

anderes Volk in einem demokratischen Lande. Mit dem Zerfall des österreichisch-ungarischen Großreiches zerbrach die äußere und innere Sicherheit für das nunmehr kleine Österreich.

Als mein Vater 46 Jahre alt geworden war, begann für ihn zum ersten Male ein Krieg. Als ich 46 Jahre alt geworden war, hatte ich zwei Weltkriege, einen Bürgerkrieg, zwei antidemokratische Gewaltherrschaften, die zweimalige Wiederrichtung der demokratischen Republik hinter mir und lebte zu diesem Zeitpunkt in einem von vier Weltmächten besetzten Lande und unter der ständigen Drohung, die eben erst wiedergewonnene demokratische Freiheit durch einen Gewaltstreich neuerlich zu verlieren. Ungachtet aller dieser Schicksalschläge ist das österreichische Volk an den Wiederaufbau der staatlichen und demokratischen Ordnung gegangen. Die beiden großen Parteien, die historischen Feinde des österreichischen Bürgerkrieges, konnten die bitteren Erinnerungen zurückdrängen und an Stelle des alten Hasses eine neue Zusammenarbeit organisieren.

Heute ist Wien die letzte Brücke, die von Westen nach Osten, aber auch von Osten nach Westen führt. Über sie kann der Friede ohne Heuchelei und ohne Hinterlist seinen Weg nehmen zum Wohle aller Menschen in Europa. Über diese letzte Brücke können die Ungläubigen und die Zweifler aus dem Westen kommen und feststellen, daß die freien Völker Europas nicht Haß und Vernichtung für die Menschen jenseits dieser Brücke bereithalten, sondern ihnen das gleiche wünschen, wofür sie gekämpft haben und was sie bereit sind, gegen Gewalt zu verteidigen: "den Frieden in Freiheit und die Menschenrechte für jedermann."

Dazu heißt es Europa und die Europäer aufzurufen, die heute ihr Schicksal frei entscheiden können, damit die anderen es morgen können. Zu rufen, daß sie überlieferte Gegensätze zwischen den Völkern nicht als teure Reliquie aufbewahren. Zu rufen, daß sie die aus der Zeit der Glaubenskriege stammende Intoleranz aufgeben und durch echte Gewissensfreiheit auf Grundlage der Gleichberechtigung ersetzen. Zu rufen, daß alle politischen Gruppen, die ihre Existenz allein in der Demokratie finden können, mit dem Gegeneinander aufhören und über das Nebeneinander einer demokratischen Koexistenz zum Miteinander kommen. Zu rufen, daß Europa weder ein Ersatz für

verlorene Kolonialreiche, noch ein Geschäft für intereuropäische Lobbies sein kann, sondern nur eine unter persönlichen und gesellschaftlichen Opfern zu erringende Einheit in Politik, Wirtschaft und Kultur. Zu rufen, und nicht verschweigen, daß dazu jeder einzelne Europäer bereit sein muß, so viel von seiner eigenen historischen Position aufzugeben, als er von den anderen Mit-europäern verlangt!"

#### Die Schlußansprache des Wiener Bürgermeisters

Bürgermeister Jonas gab in seinem Schlußwort der Überzeugung Ausdruck, daß die Vertreter der ungefähr fünfzig europäischen Zeitungen, die der Einladung nach Wien gefolgt waren, in unserer Stadt ein Stück Europa repräsentiert und vielleicht auch eine der Keimzellen des künftigen geistigen und kulturellen Europa geschaffen haben.

Daß Europa reif ist für den Zusammenschluß, können wir hier in Wien besonders stark spüren. In Wien und in Österreich fühlt man noch stärker als anderswo die Tragik Europas. Wir spüren nicht nur die Vielstaaterei, sondern wir spüren auch besonders deutlich, am Eisernen Vorhang gelegen, den Riß, der durch Europa geht. Ein Riß, der auch den Riß durch die ganze Welt symbolisiert. Wenn wir von ihm auf Europa schauen, dann sehen wir östlich von uns Völker, die heute noch stumm sind, denen es verwehrt ist, ein Bekenntnis zu Europa abzulegen, ein Europa, das kompliziert und schwierig ist. Es hat deswegen aber niemand das Recht zu sagen, daß es ein schlechtes Europa wäre. Wir können daher, von Wien aus gesehen, gar nicht darauf verzichten, dieses Europa zu beachten und der großen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß in einem friedlichen Entwicklungsprozeß auch diese Völker wieder einmal zu den anderen europäischen Völkern stoßen können, daß dieser Riß durch Europa beseitigt wird und damit auch der Riß durch die Welt verschwindet.

Man möge sich nicht wundern, unterstrich Bürgermeister Jonas, wenn wir hier, am Rande des freien Europa, manchmal das Gefühl haben, daß bei uns der europäische Blutkreislauf nicht so stark bemerkbar sei, daß die Peripherie nicht so gut durchblutet werde wie das übrige Europa.

Aber wir wissen: nicht nur Krankheiten können ansteckend sein, sondern auch die Gesundheit kann es sein, und vor allem kann in

einer geteilten Welt die politische und die wirtschaftliche Gesundheit der Peripherie besonders ansteckend wirken gegenüber dem Osten.

Wer also Europas Zukunft will, der sollte vorher daran denken, auch Wien und Österreich zu stärken.

Abschließend richtete Bürgermeister Jonas zwei Bitten an die versammelten Journalisten: Werben Sie, bat er, für ein einiges Europa und für eine gemeinsame bessere Zukunft der europäischen Völker. Appellieren Sie aber auch an die Jugend von heute. Die Jugend von gestern hat als Soldaten ein blutendes und hassendes Europa kennengelernt. Die Jugend von heute lernt ein gemeinsam arbeitendes, ein gemeinsam hoffendes Europa kennen. Deshalb wird es dieser Jugend viel leichter fallen, die Grenzen in Europa niederzureißen, als früheren Generationen.

An die festliche Schlußsitzung im Wiener Rathaus schloß sich ein Empfang im Kohlenberg-Restaurant, den Bürgermeister Jonas zu ehren der Delegierten veranstaltete.

- - -

#### Ballkalender

=====

1. März (MI) In der Woche vom 3. bis 9. März finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Freitag: Sophiensaal (Ball der Elektro-Innung).

Samstag: Sophiensaal (Konsumgenossenschaft), Kursalon (SPÖ Innere Stadt), Zögernitz (SPÖ 20 - Sektion 6), Gschwandnor (Österreichischer Sportkeglerbund), Wimberger (SPÖ Neubau), Parkhotel (Betriebsrat der Gebietskrankenkasse), Palais Auersperg (Bundesgewerbeschule I), Weißer Engel (Gewerkschaft der Post- und Telegrafenediensteten).

Sonntag: Baumgartner Casino (Wiener Stadtgärtner), Wimberger (Berufsgruppe der städtischen Schulwarte Wiens).

- - -



### Das Bioklima von Wien

=====

1. März (RK) Montag, den 3. März, wird Dr. Franz Sauberer im Institut für Wissenschaft und Kunst, 7, Museumstraße 5, einen Lichtbildervortrag über das Thema "Das Bioklima von Wien" halten.

- - -

### Feuerwehr wacht über Wiener Messe

=====

1. März (RK) Immer mehr Ausstellungshallen und Kioske stehen auf dem Gelände der Wiener Messe AG im Prater. Zur Zeit der Messen sind dort große Werte angehäuft. Die vielen Installationen und technischen Einrichtungen, aber auch der Massenbesuch mit allen seinen Möglichkeiten machen einen sorgsam und stets einsatzbereiten Brandschutz unerlässlich. Außer den eigenen Vorkehrungen der Wiener Messe AG hat auch die Feuerwehr der Stadt Wien in diesem Gebiet entsprechende Vorsorge getroffen. Bevor die große Nord-West-Halle errichtet wurde, in die nun die Automobilausstellung hineinkommt, befand sich dort eine kleine Feuerwache, die Feuerwache Prater. Diese mußte im vorigen Jahr der großen Halle Platz machen. An der Trabrennstraße, also ganz am Rande des Messegeländes liegend, ist nun für die Feuerwache Prater ein Provisorium geschaffen worden, das aber ausgezeichnet ausgerüstet und ständig auch für einen Einsatz auf dem Wiener Messegelände bereit ist, falls dies einmal notwendig sein sollte. Stadtrat Fritsch, dem auch die Feuerwehr der Stadt Wien untersteht, inspizierte heute in Begleitung von Branddirektor Dipl.-Ing. Dufek diese Feuerwache an der Trabrennstraße und überzeugte sich von der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen, der Ausrüstungen und der Alarmanlagen.

Die Feuerwache an der Trabrennstraße ist deswegen nur als Provisorium eingerichtet, weil in den nächsten Jahren eine ganz neue Hauptfeuerwache für die Leopoldstadt geschaffen werden soll. Die bisherige Hauptfeuerwache Leopoldstadt in der Lassallestraße entspricht nicht mehr ganz. Die Baulichkeiten sind während des Krieges beschädigt worden. Die neue Hauptfeuerwache soll auf dem

Gelände in der Vorgartenstraße, also in unmittelbarer Nähe des Messegeländes, gebaut werden. In ihr werden die bisherige Hauptfeuerwache Leopoldstadt und die Feuerwache Krater zusammengezogen.

Stadtrat Afritsch besichtigte hierauf auch die im Bau befindliche Hauptfeuerwache Döbling in der Mürthgasse. Es ist dies die letzte Hauptfeuerwache, die nach Kriegsschaden von der Gemeinde Wien wiederaufgebaut wird. Mit den Arbeiten wurde 1956 begonnen. Die Anlage wird noch heuer fertig werden. Verschiedene neue Teile werden bereits benützt. Die Hauptfeuerwache Döbling ist gegenwärtig voll in Betrieb. Sie wird nach ihrer endgültigen Fertigstellung als die technische Hauptfeuerwache der Feuerwehr der Stadt Wien ausgestattet werden. Es wird dort verschiedene Werkstätten geben, in denen alle Arbeiten, die mit dem Fahrpark und der Ausrüstung zusammenhängen, erledigt werden können. Eine Prüfstation für Pumpenwagen ist bereits in Betrieb. In der Hauptfeuerwache Döbling ist auch eine der sieben Magirusleitern eingestellt. Das technisch erstklassige Spezialfahrzeug hat eine Antriebskraft von 180 PS; die Leiter reicht 50 Meter hoch und ist die zweithöchste von allen in Wien vorhandenen Magirusleitern. Die Anschaffungskosten allein für dieses eine Gerät betragen eine Million Schilling.

- - -

#### Vor 100 Jahren fielen die Basteien

=====

1. März (RK) Die 73. Kleinausstellung im Lesesaal der Wiener Stadtbibliothek im Rathaus wird von Montag, den 3. März, bis einschließlich Freitag, den 28. März, unter dem Titel "Vor 100 Jahren fielen die Basteien" veranstaltet. Zahlreiche Ansichten, Pläne, seltene Archivalien und ausgewählte Werke der zeitgenössischen Literatur werden die Erinnerung an den 29. März 1858 wachrufen, an welchem Tag die Abbrucharbeiten einsetzten und die Stadt Wien aufhörte, ein befestigter Platz zu sein.

Die Ausstellung ist von Montag bis Freitag, von 9 bis 18.30 Uhr, an Samstagen von 8.30 bis 11.30 Uhr, im Neuen Rathaus, 4. Stiege, 1. Stock, Tür 333, allgemein und unentgeltlich zugänglich.

- - -

Red Star-Platz soll Parkplatz für 600 Autos werden  
=====

1. März (RK) Die breiten Straßen und Gassen des sogenannten Nibelungenviertels, in dem die Wiener Stadthalle steht, hat keinen allzu großen Verkehr. Sehr viele Fahrzeuge können dort abgestellt werden. Die Motorisierung nimmt aber weiter stark zu. Gewisse Veranstaltungen werden vielleicht auch einen Personenkreis ansprechen, zu dem viele Besitzer eigener Fahrzeuge gehören. Dabei muß man auch an den Lärm denken, der entsteht, wenn nach Schluß einer Vorstellung plötzlich alle gleichzeitig ihre Fahrzeuge anspringen lassen. Die Stadtverwaltung will daher den in der Nähe der Halle liegenden Red Star-Platz, der ihr Eigentum ist, als Parkplatz für etwa 600 Autos ausgestalten. Als Ersatz für Red Star käme ein Platz auf der Schmelz in Frage, der aber dem Bund gehört. Der Vorstand des Vereines wäre mit der Übersiedlung einverstanden. Es ist zu hoffen, daß auch die Verhandlungen mit der zuständigen Bundesbehörde zu einem guten Ergebnis führen.

- - -

Aufnahmeprüfungen für die Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt  
=====

1. März (EK) Die Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt der Stadt Wien, 15, Siebeneichengasse 17, eröffnet im Schuljahr 1958/59 einen ersten Jahrgang. Gesuche um Zulassung zur Aufnahmeprüfung sind mit kurzen Lebenslauf bis längstens 5. Mai 1958 an die Direktion der Bildungsanstalt zu richten. Aufgenommen können Bewerberinnen werden, die das 15. Lebensjahr vollendet haben oder im Laufe des Kalenderjahres vollenden werden, die österreichische Staatsbürgerschaft nachweisen können, mindestens die 4. Hauptschulklasse oder die 4. Mittelschulklasse erfolgreich absolviert haben und die entsprechende geistige und körperliche Eignung besitzen.

- - -

Goldene Hochzeit im Altersheim Baumgarten  
=====

1. März (RF) Frau Mathilde und Herr Alois Plan, die im Altersheim Baumgarten ihren Lebensabend verbringen, feierten heute ihre Goldene Hochzeit. Bürgermeister Jonas war in Begleitung von Bezirksvorsteher Figl erschienen und überbrachte den Jubilaren ein Geschenk der Stadtverwaltung. Der Frau überreichte der Bürgermeister einen Fliederstrauß. Alois Plan war in den Jahren 1910 bis 1924 Fürsorgerat.

- - -